

# Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 72.

Mittwoch, 27. März

1912.

Verlagspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingerstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. Erscheint: Werktags nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1295, Redaktion Nr. 4574.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 30 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingelant) 150 Pf. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

In Orion land gestern die Zusammenkunft Sr. Majestät des Kaisers mit dem Erzherzog Franz Ferdinand statt.

Der Reichstag stimmte gestern der Verlängerung der Zuckerkonvention in dritter Lesung zu und fuhr dann in der Beratung des Postetats fort.

Das britische Unterhaus hat den Vorschlag der Arbeiterpartei, in die Vergarbeiterbill einen Mindestlohnfuß von 5 Schilling einzufügen, mit 326 gegen 83 Stimmen abgelehnt.

Die französische Deputiertenkammer nahm gestern den Gesetzentwurf an, der das militärische Luftschiffwesen regelt und zu diesem Zweck einen nachträglichen Kredit von 16 Mill. Francs eröffnet.

Der japanische Landtag ist aufgelöst worden.

## Ämtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Syndikus des Verbandes Sächsischer Industrieller Dr. Gustav Stresemann in Dresden das ihm von Sr. Majestät dem König der Belgier verliehene Offizierskreuz des Kronenordens, sowie das ihm von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog von Oldenburg verliehene Ehren-Ritterkreuz 2. Klasse des Haus- und Verdienstordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig annehme und trage.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Besitzer des Grand Union-Hotels in Dresden Arthur Becker den ihm verliehenen Titel als „Hoflieferant Ihrer Königl. Hoheit der Frau Prinzessin Friedrich Leopold von Preußen“ annehme und führe.

Die Königlich Kreisshauptmannschaft hat dem Wagenführer Paul Krause in Dresden-Mitteln und dem Probefahrer Richard Bollmann in Dresden-Trachau für das von ihnen am 2. Januar dieses Jahres mit Entschlossenheit bewirkte Ausschalten zweier durchgehender Pferde auf der Schillerstraße in Dresden je eine Geldbelohnung bewilligt. 737 III

Dresden, am 13. März 1912. 2194

Königliche Kreisshauptmannschaft.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Inseratenteil.)

## Nichtamtlicher Teil.

### Vom Königl. Hofe.

Dresden, 27. März. Se. Majestät der König wohnte früh den Kompaniebesichtigungen der 1. und 2. Kompanie des 1. Pionierbataillons Nr. 12 auf dem Garnisonübungsplatz bei und empfing mittags die Hofdepartementschefs zum Rapport.

Dresden, 27. März. Ihre Königl. Hoheit die Frau Prinzessin Johann Georg wohnte mit Ihrer Ergebenheit der Frau Oberhofmeisterin Freifrau v. Zind von heute vormittag 10 Uhr an den Prüfungen im Posaunisten- und von 11 Uhr an den Prüfungen der IV. Bürger-schule bei. Um 12 Uhr mittags erschien Ihre Königl. Hoheit die Frau Prinzessin zu den Schwesterprüfungen im Carolahaus. Nachmittags 1/2 4 Uhr besuchte die hohe Frau in Begleitung der Hofdame Fräulein v. Schönberg die Prüfungen in der II. Katholischen Bezirksschule.

Dresden, 27. März. Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Mathilde besuchte heute nachmittags 1/2 3 Uhr die Osterprüfung in der 21. Bezirksschule, Freiburger Platz 25.

### Deutsches Reich.

#### Bundesrat.

Auf Grund der §§ 120c, 139a der Gewerbeordnung hat der Bundesrat beschlossen, daß die Bestimmungen, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glashütten, Glas-schleifereien und Glasbleichereien sowie Sand-bläseereien, vom 5. März 1902, bis zum 1. April 1913 in Kraft bleiben.

### Ablehnung des Lotterievertrags mit Preußen durch den Finanzausschuß der bayerischen Kammer der Abgeordneten.

München, 27. März. Der Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten lehnte gestern mit allen gegen drei Stimmen den Art. 1 des Lotterievertrags mit Preußen und damit den ganzen Entwurf ab.

— Die in Berlin am 26. März ausgegebene Nr. 15 des Reichsgesetzblattes enthält das Gesetz vom 21. März 1912, betreffend die Festsetzung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1911.

### Reichstag.

Sitzung vom 26. März 1912.

Am Bundespräsidenten: Die Staatssekretäre Kühn und Krosche. Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Zunächst erfolgte die dritte Beratung des in Drüssel am 17. März 1912 vollzogenen Protokolls, betreffend die Fortsetzung der durch den Födervertrag vom 6. März 1902 gebildeten internationalen Vereinigung.

Abg. v. Grabski (Polen): Beim Abschluß der Konvention ist keine Rücksicht auf die Interessen der Konventionen genommen worden. Für Rußland bringen außerordentliche Vorteile aus dem Abkommen heraus. Ein kürzlich angenommenes russisches Gesetz hat den Zweck, die Mühsucht zu erweitern und den Ausbau von Zuckerfabriken zu fördern. Unmöglich kann das Rußland gewählte Entgegenkommen ohne Einfluß auf die Preisgestaltung im Inlande bleiben. Die Reichsregierung hätte allen Anlaß, sich Rußland gegenüber zu sichern, daß die Bestimmungen der Konvention strengstens eingehalten werden, damit die deutsche Zuckerindustrie und die Konventionen durch das große Entgegenkommen Rußland gegenüber nicht noch weiter geschädigt werden. Ich vermag der Konvention aus sachlichen Gründen nicht zuzustimmen.

Abg. Dr. Wendt (Rp.): Die Rede des Hrn. v. Grabski hätte in der ersten Lesung gehalten werden sollen, die Notwendigkeit einer Kommissionsberatung wäre dadurch besonders notwendig erschienen. Es besteht die Gefahr, daß Rußland die Bestimmungen der Konvention umgeht. Auch England gegenüber sind wir in vollständig unklaren Verhältnissen. Es ist zu befürchten, daß England am 1. September 1912 aus der Konvention aussteigt und daß dann mit einer außerordentlichen Begünstigung des englischen Rohzuckers zu rechnen ist. Wir müssen von der Regierung Auskunft erhalten, ob England gegenüber etwas verabredet ist, und wie die Lageverhältnisse lauten.

Staatssekretär Kühn: Ob England der Konvention nach dem 1. September 1912 aussteigen wird oder nicht, können wir noch nicht wissen; jedenfalls hat es sich das Recht der Kündigung vorbehalten. Vor Ablauf dieses Termins besteht keinerlei Klarheit über seine Haltung. Schon jetzt hat England die Erklärung abgegeben, daß es, wenn es auch der Konvention nicht angehört, an seinem Verhalten nichts ändern wird. Rußland ist gehalten, über ein gewisses Quantum nichts nach dem Westen auszuführen. Wegen etwaige Umgehungen der Konvention werden wir energisch einschreiten. Dabei haben wir nicht bloß die russische Regierung auf unserer Seite, sondern auch die russischen Fabrikanten und Händler, die in reeller Weise den Zucker nach den westlichen Ländern exportieren. Eine Kontingenterhöhung wird in Zukunft in Rußland nicht gewährt werden.

Abg. Bernheim (Soz.): Die Mitglieder der Rechten haben nur immer ein Gefühl für die Landwirtschaft und Industrie, für die Bevölkerung, die unter der Zuckersteuer leidet, haben sie kein Empfinden. England begünstigt aus seinen Kolonien kaum den siebenten Teil seines Bedarfs an Zucker. (Hört! Hört!) Eine Gefahr für Deutschlands Industrie liegt darin nicht.

Abg. Graf v. Kanitz (Konf.): Wir sind stets für Herabsetzung der Zuckersteuer eingetreten. Das werden wir auch künftig tun. Die Konvention hatte ursprünglich den Zweck, dem heillosen Zustand auf dem Zuckermarkt ein Ende zu machen, der durch das Prämiensystem entstanden war. Jetzt hat die Industrie aber kein Interesse mehr an der Konvention. Das Ausfuhrprämiensystem auf Zucker hat in Rußland besonders bedenkliche Früchte gezeitigt. Eine wirksame Kontrolle des russischen Kontingents ist dringend zu empfehlen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Doormann (fortsch. Sp.): Etwas Neues ist auch aus der Rede des Hrn. v. Grabski nicht herausgekommen. Wir lassen uns nicht davon abhalten, auch jetzt wieder der Konvention zuzustimmen. (Beifall.)

Abg. Meche (nl.): Die deutsche Zuckerindustrie will keine Sonderrechte, sie will nur das gleiche Recht wie die russische Zuckerindustrie. Sämtliche Interessentenorganisationen nehmen Stellung gegen die Konvention; da ist die Haltung der Regierung unverständlich. Ich beantrage auch jetzt noch Kommissionsberatung.

Staatssekretär Kühn: In keinem Lande ist eine Kontrolle leichter, als in Rußland. Das dortige Kontingent wird auf die einzelnen Fabriken verteilt, die dann den Kontingentschein allerdings abtreten können. Was wäre wohl aus dem Konkurrenz-kampf geworden, wenn wir die Konvention nicht gehabt hätten. Auch 1902 hat die Industrie gegen die Konvention angekämpft, und später ist ihr Nutzen offiziell anerkannt worden. So wird es auch nach weiteren sechs Jahren sein.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Bernheim (Soz.) und Graf v. Kanitz (Konf.) wurde der Antrag auf Kommissionsberatung abgelehnt und die Konvention gegen die Stimmen der

Konservativen, der Reichspartei, einiger Polen und National-liberalen definitiv angenommen.

Es folgen Wahlpfändungen. Ohne Debatte werden für gültig erklärt die Wahlen der Abg. Jäger (nl.), Schlenker (nl.), Tunnjoki (Fole) und Dr. Erdmann (Soz.).

Hierauf wurde die zweite Lesung des Postetats fortgesetzt. Abg. Tuffner (Z.): Ein Aufschwung in der Finanzgehaltung des Postetats ist unverkennbar, der zweifellos zum Teil auf die Sanierung der Reichsfinanzen durch die Finanzreform zurückzuführen ist. Der gute Abschluß der Jahre 1910 und 1911 läßt hoffen, daß die berechtigten Wünsche mancher Beamtenkategorien und der Altkontingente erfüllt werden. Die Unterbeamten müssen vor allem so gestellt werden, daß ihre Bezüge mindestens dem Durchschnittslohn gelehrter Arbeiter entsprechen. Die Sonntagsruhe der Postunterbeamten muß auf jeden Fall durchgeführt werden. Auch der Diensthygiene und der Wohnungsfürsorge für die Beamten ist seitens der Postverwaltung ein möglichst großes Interesse zuzuwenden. Bei Bemessung des Wohnungsgeldzuschusses ist mehr als bisher auf die lokalen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Die härteste Heranziehung weiblicher Personen zum Postdienst hat sich bewährt. Für postlagernde Sendungen sollten höhere Post-sätze eingeführt werden; dadurch würde manchem Mißbrauch vorgebeugt werden. Ich bitte den Staatssekretär um wohlwollende Prüfung und Berücksichtigung der Wünsche der Postbeamten. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär des Reichspostamts Krafft: Die Berechnung der Beamtenbezüge läßt sich nicht auf Grund der Überschüsse der Verwaltung bemessen. Man kann nicht von dem Grundlag ausgehen, daß in einer gut rentierenden Verwaltung die Überschüsse nur für die Beamten verwendet werden. Dann müßte z. B. umgekehrt in der Justizverwaltung für die Beamten gar nichts gegeben werden. (Heiterkeit.) Durch die Beförderungsbewerbung ist erst etwas Ordnung geschaffen worden. Bis dahin wurden die Interessen einzelner Beamtenkategorien von Abgeordneten vertreten und dadurch, daß die Verwaltung diesen Wünschen nachgab, entstand ein Wertlaufen und eine Verschwendung in der Beförderung, deren Mängel späterhin in die Erscheinung getreten sind. Hinsichtlich des Aufstiegs von Unterbeamten in die Schaffnerstellen werden Besserungen geschaffen werden. Die Sonntagsruhe, die in den letzten Jahren allerdings sich etwas verschlechtert hatte, ist inzwischen wieder gebessert worden. Eine Verbesserung wird vielfach von den Postagenten selber nicht gewünscht. Auch Erholungsurlaub für die Agenten ist nicht nötig, da diese Beamten sich ständig nach Belieben vertreten lassen können. Eine Erhöhung des Portos für postlagernde Briefe ist nicht angängig, obgleich tatsächlich eine Mehrleistung dabei erfolgt. Es wäre dazu eine Änderung des Postgesetzes nötig. Daß die Berechnungen über die Postbauten möglichst schnell vorrücken gehen, ist auch unser Wunsch.

Abg. Pauli-Dagenow (Konf.): Die Rede des Abg. Zuber war im schlimmsten Maße verheerend. Wenn er behauptete, wie hätten vor den Wahlen den Beamten Versprechungen gemacht, die wir jetzt nicht halten, so ist er dafür dem Beweis schuldig geblieben. Ich bedaure, daß es Beamte gibt, die Hrn. Zuber zum Sprachrohr für ihre Wünsche machen. Ich halte es mit der Ehre eines Beamten nicht für vereinbar, sich mit einem sozialdemokratischen Abgeordneten in Verbindung zu setzen. Weisheit sind die Überschüsse der Postverwaltung erstens in erster Linie aber muß den Bedürfnissen der Post als Verkehrsinstitut Rechnung getragen werden. Die Anstellungsverhältnisse der Postaufseher müssen hergestellt werden. Die Wünsche der Postagenten auf Pensionsversicherung sind zu erwägen; ein überhöhter Reichszuschuß würde nicht nötig sein. Die Entscheidung für die Verwalter von Posthilfsstellen ist nicht ausreichend. Wir haben Vertrauen zur Reichspostverwaltung und werden auch für die Verbesserungen, die für diesen Etat vorliegen, und für die Gunsten der Beamten eintreten. (Beifall rechts.)

Abg. Graf v. Heideberg (nl.): Die erheblichen Überschüsse der Postverwaltung sind ein erfreuliches Zeichen für die Leistungsfähigkeit unserer Beamten. Mit Befriedigung wird die Verwaltung aus dem Munde des Kaisers den Dank und die Anerkennung für diese Tatsache entgegengenommen haben. Die Sparjamkeit in unserem Postbetriebe ist notwendig; allerdings muß sie sich den Bedürfnissen der wirtschaftlichen Verhältnisse anpassen. Wenn man die Zahl der Postunterbeamten vermehrt, so müssen auch die Ausschickstellen, die keineswegs überflüssig sind, vermehrt werden. Von einer überflüssigen Beamtenvermehrung kann in letzter Zeit nicht die Rede sein. Den Resolutionen auf Einteilung der Dienstreise und der Sonntagsruhe stimmen wir zu. Unsere Wünsche über die Beamtenbezahlung haben wir in einer Resolution niedergelegt, der wir zugestimmt haben. Der Erholungsurlaub der unteren Post- und Telegraphenbeamten muß in angemessener Weise erweitert werden. Die Gärten des Beförderungsgeldes müssen angesichts der tiefgehenden Deuntreibung unter der Beamtenchaft beilegt werden. Auch die Gratifikationen müßten erhöht werden. Wir vertreten hier die Rechte der Beamten, das ist liberal; wir verweisen die Beamten aber auch auf ihre vaterländischen Pflichten, und das ist national. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Das Weltbriefporto muß endlich allgemein verbilligt werden im Interesse der besseren internationalen Verständigung. Endlich sollten die Postparaffinen baldigst in Kraft treten. Hoffen wir, daß es dem Bestreben unserer Verwaltung gelingt, daß es auch für Postwesen heißt: Deutschland in der Welt voran! (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Präsident Dr. Kaempf: Ich habe dem Hause eine schmerzliche Mitteilung zu machen. (Die Abgeordneten und die Vertreter der Regierungen erheben sich.) Vor wenigen Minuten hat mich die Trauerbotschaft von dem Dahinscheiden des Alterspräsidenten dieses Hauses, des Reichstagsabgeordneten Albert Traeger erreicht, der seit 1874 ununterbrochen dem Reichstage angehört. In diesem Augenblicke steigt vor unserem geistigen Auge das Bild des allverehrten Alterspräsidenten auf, der noch vor wenig